

## Niederschrift über die 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.2022, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

### Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
<b>Vorsitz</b>		
Frau Eliza Diekmann	Bürgermeisterin	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Dieter Goerke	Aktiv für Coesfeld	
Herr Bernhard Lammerding	CDU	Vertretung für Herrn Dennis Bachmann
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	Vertretung für Herrn Günter Hallay
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	Vertretung für Herrn Robert Böyer
Herr Holger Weiling	CDU	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Regina Wennemers	FBL 20	
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:58 Uhr.

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Anregung gem. § 24 GO NRW - Glascontainern am Parallelweg Hengtering  
Vorlage: 167/2022
- 3 Antrag der Fraktion Familie i.S. Bauvorhaben  
Vorlage: 169/2022
- 4 Antrag auf Bedarfsprüfung für die Aufstellung eines Sitzbankkatasters für schnelle Hilfeleistung bei Notfällen jeglicher Art der Notrufleitstellen bei der Polizei und Feuerwehr  
Vorlage: 164/2022
- 5 Soziale Betreuung von Obdachlosen in städtischen Obdachlosenunterkünften (Betreuungsangebot für Menschen in prekären Lebenslagen) sowie Vorstellung der Landesinitiative "Endlich ein Zuhause"  
Vorlage: 155/2022
- 6 Vorübergehende Ausweitung des Vertrages mit dem Deutschen Roten Kreuz über die soziale Betreuung von Flüchtlingen in Coesfeld  
Vorlage: 160/2022
- 7 Zuschuss zum Trägeranteil hier: DRK Kinderwelt in Coesfeld gGmbH  
Vorlage: 074/2022
- 8 Errichtung einer Bewegungshalle mit Kunstrasenplatz durch die SG Coesfeld 06 e.V. hinter den Dreifachturnhallen; Verwendung der Sportpauischale  
Vorlage: 114/2022
- 9 Kapuzinerquartier: Letter of Intent - Stadt Coesfeld und evangelische Kirchengemeinde Coesfeld  
Vorlage: 145/2022
- 10 DIEK-Projekt: Umgestaltung Alter Kirchplatz Entscheidung über die Beauftragung des Fontänenfeldes  
Vorlage: 156/2022
- 10.1 DIEK-Projekt: Umgestaltung Alter Kirchplatz Entscheidung über die Beauftragung des Fontänenfeldes  
Vorlage: 156/2022/1
- 10.2 DIEK-Projekt: Umgestaltung Alter Kirchplatz Entscheidung über die Beauftragung des Fontänenfeldes  
Vorlage: 156/2022/2
- 11 Heimathaus Lette - Kostenberechnung  
Vorlage: 154/2022
- 12 Heimathaus Lette - Kostenberechnung  
Vorlage: 154/2022/1
- 12.1 Heimathaus Lette - Kostenberechnung  
Vorlage: 154/2022/2
- 13 Schulzentrum - Projektstatusbericht der Projektsteuerung  
Vorlage: 150/2022
- 14 Aufstellung eines Trinkbrunnens (LEADER-Projekt)  
Vorlage: 161/2022

15 Stellenplanerweiterung 2022  
Vorlage: 165/2022

16 Anfragen

**Nicht öffentliche Sitzung**

1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

2 Projektstatusbericht Schulzentrum - ergänzende Informationen  
Vorlage: 153/2022

3 Übernahme von modifizierten Ausfallbürgschaften für den TSV Coesfeld, Dülmen u.  
Umgebung e. V.  
Vorlage: 168/2022

4 Tausch von Grundstücksflächen  
Vorlage: 355/2021

5 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil der Sitzung an.

TOP 2	Anregung gem. § 24 GO NRW - Glascontainern am Parallelweg Hengtering Vorlage: 167/2022
-------	---

Frau Bürgermeisterin Diekmann weist darauf hin, dass man ins Gespräch kommen müsse, sollte es in der Politik den Wunsch nach Veränderung in der Strategie für die Aufstellung von Glascontainern geben.

Herr Tranel macht deutlich, dass die CDU-Fraktion dem Beschluss des Antragstellers folgen werde. Ein Tätigwerden der Verwaltung, ohne vorherige Diskussion im Umweltausschuss reiche der Fraktion. Herr André Kretschmer von der Fraktion SPD hätte ihm folgenden Vorschlag unterbreitet, in dem er auf das System in den Niederlanden verwies. Hier gäbe es Container, die in den Boden eingelassen würden und somit geringere Geräuschemissionen mit sich bringen würden. Herr Tranel merkt an, dass dies ggfs. auch eine Lösung für die Stadt Coesfeld sein könnte.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, welches Problem es mit den Unterflurcontainern gebe. Er teilt mit, dass das ganze Unterversorgungssystem geändert werden müsse. Man wolle und könne, für diesen einen Fall keine Sonderlösung treffen, da bei der Verwaltung regelmäßig Anregungen/ Beschwerden bezüglich Glascontainer-Standorten eingehen, die regelmäßig negativ beschieden werden. Es müsse also – falls gewünscht - eine Umgestaltung in nennenswertem Umfang durchgeführt werden, was mit einer erheblichen Vorinvestition der Verwaltung verbunden wäre. Sollte das aktuelle System der Standortwahl geändert werden, so sei zuvor ein Austausch notwendig.

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass sich die Verwaltung dem Problem bewusst sei, dass es durch die Container immer zu Beeinträchtigungen in Wohngebieten käme. Oft käme aus der Bevölkerung der Vorschlag, dass entsprechende Container auf Supermarktparkplätzen untergebracht werden. Diese würden jedoch nicht immer eine dauerhafte Zusage geben, sondern sich oft erst einmal einen Probezeitraum wünschen. Diese Tatsache mache die Planbarkeit für die Verwaltung sehr problematisch.

Herr Musholt sagt, dass die CDU-Fraktion genau aus diesem Grund die Angelegenheit nicht erst noch in einen weiteren Ausschuss geben wolle. Die Expertise läge hier bei der Verwaltung. Der CDU sei bewusst, dass eine Veränderung in diesem Bereich mit Kosten verbunden sei.

Herr Prinz plädiert für eine Überweisung in den Umweltausschuss mit entsprechend inhaltlich ausführlicher Vorlage.

Herr Bücking führt aus, dass der Antragssteller überhaupt eine Reaktion seitens der Verwaltung wünsche. Als erstes Problem stellt Herr Bücking bei dieser Thematik fest, dass die Einwurfszeiten bei dem hier genannten Container nicht eingehalten werden. Es müsse folglich zunächst dafür gesorgt werden, dass die Spielregeln eingehalten würden. Sollte das System

generell geändert werden, so sei dies ein aufwändiges Unterfangen, welches gründlich besprochen und geplant werden müsse.

Frau Bürgermeisterin Diekmann stellt heraus, dass die Verwaltung auf die (An)Fragen des Antragstellers reagiert habe. Im Verlauf der Konversation sei die Verwaltung allerdings bei ihrem Standpunkt geblieben.

Herr Volmer stimmt Herrn Bücking zu und sagt, dass hier nun eine Lösung für den Antragsteller gefunden oder zumindest eine Rückmeldung erfolgen müsse.

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass die Verwaltung seinerzeit die Standorte der Glascontainer nicht willkürlich ausgewählt habe; sondern dass dies durch ein vom Rat abgesegnetes System erfolgt sei. Sollte ein plausibler Ersatzstandort verfügbar sein, könne eine Änderung erfolgen; sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so müsse die Angelegenheit des Gleichbehandlungsgrundsatzes wegen in die Politik. Herr Backes stellt heraus, dass die Thematik mehrere Standorte betreffe. Bis zum jetzigen Zeitpunkt, so Herr Backes, wurden gleichartige Anfragen abgelehnt., da der Rat seinerzeit das entsprechende Konzept beschlossen hat.

Herr Goerke weist darauf hin, dass, je nach Entscheidung, ein Präzedenzfall geschaffen werde, was wiederum einen Rattenschwanz hinter sich herziehen werde. Der Rat sei dann gezwungen sofort zu handeln. Dies wiederum wäre mit einer hohen Summe an Kosten verbunden. Das Problem, so Herr Goerke, sei, dass die Glascontainer auch außerhalb der erlaubten Einwurfszeiten genutzt werden. Wie hier jedoch eine Veränderung herbeigeführt werden solle, sei fraglich. Eine Überweisung an den Umweltausschuss sei hier der richtige Weg. Der/ Die Antragsteller könnten sodann die Diskussion verfolgen.

Her Bücking liest den Antrag vor und stellt heraus, dass der Antragsteller hier eine Aktion und Reaktion der Verwaltung fordere. Ihm sei besonders (irgendeine) Lösung wichtig. Solch eine Lösung könne bspw. auch das Aufstellen von Schildern sein. Diese Idee sollte die Stadtverwaltung verfolgen.

Herr Nielsen merkt an, dass hier bereits über alle wichtigen Punkte und Argumente diskutiert wurde und somit eine Überweisung an den Umweltausschuss unnötig erscheint. Herr Nielsen sehe die Politik hier nicht in der Pflicht. Es gäbe oft Anmerkungen und Hinweise darauf, dass bestimmte Dinge unterwünscht seien und bspw. ein Standortwechsel gewünscht werde. Zu bedenken sei hier, dass der neue Standort dann voraussichtlich bei anderen Anwohner:innen für Ärger Sorge. Hier müsse ein Gespräch zwischen Verwaltung und Antragsteller erfolgen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann fasst zusammen, dass hier nicht zwangsläufig neue Maßnahmen vollbracht werden müssen, sondern dass die bereits bestehenden Spielregeln deutlicher kommuniziert werden.

Frau Albertz greift den Hinweis auf, dass sich scheinbar öfters Bürger:innen über Altglascontainer-Standorte beschwerten. Man müsse hier laut Frau Albertz mehr Transparenz zeigen und bspw. die Kriterien unter denen die Standorte ausgewählt wurden, deutlich machen. Sie wünsche sich ein einheitliches System und die Gleichberechtigung aller Coesfelder:innen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann fragt erneut, ob es richtig sei, dass hier *kein* Systemwechsel gewünscht sei.

Herr Tranel macht einen ergänzenden Vorschlag zum Beschlussvorschlag des Antragstellers. Dieser wird zur Abstimmung gebracht.

**Beschlussvorschlag aus dem Antrag vom 31.05.2022 (geändert während der Sitzung):**

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung in der im Antrag genannten Angelegenheit tätig wird und Maßnahmen zur Lösung der Belästigung durch die Glascontainer findet und die Angelegenheit „Glascontainer“ noch einmal grundsätzlich zu gegebener Zeit im Umweltausschuss diskutiert.

**Beschlussvorschlag der Verwaltung (alternativ):**

Es wird beschlossen, die Angelegenheit zur inhaltlichen Beratung an den Umweltausschuss zu verweisen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag aus dem Antrag	14	0	0
Beschlussvorschlag der Verwaltung	Keine Abstimmung		

Da der Beschlussvorschlag aus dem Antrag angenommen wurde, ist eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung obsolet.

TOP 3	Antrag der Fraktion Familie i.S. Bauvorhaben Vorlage: 169/2022
-------	---

Herr Stratmann erläutert den Antrag.

Herr Tranel teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion intensiv über den Antrag ausgetauscht habe und zu dem Schluss gekommen sei, dass der Ansatz des Antrages der Richtige sei. Er fügt hinzu, dass es aber auch schon öfters besprochen wurde, dass die anstehenden Projekte auf den Prüfstand gestellt werden müssten. Herr Tranel betont, dass es für die Fraktion wichtig sei, nicht nur auf die „nicht-begonnenen“ Projekte zu schauen, sondern dass auch die bereits gestarteten Projekte in den Blick genommen werden müssten. Hier müsse dann entsprechend geprüft werden, an welchen Stellen im aktuellen Verfahren noch Kosten eingespart werden können. Der Grundintention des Antrages könne die CDU folgen. Einer ganzheitlichen Auflistung der Projekte bis zum 30. September 2022 würde die Fraktion zustimmen. Dem Beschlussvorschlag 2 werde die Fraktion, laut Herrn Tranel unterstützen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatung müsse dann über die einzelnen Projekte gesprochen werden

Frau Bürgermeisterin Diekmann bestätigt, dass die Projekte nach der Sommerpause ins Gespräch gebracht werden sollen. Die Vorbereitungen und die entsprechenden Arbeiten dafür seien aktuell in vollem Gange. Frau Diekmann fragt, was mit „nicht-begonnene Projekte“ gemeint sei; in der Umsetzung nicht begonnen oder in Planung nicht begonnen?

Herr Stratmann ändert den Beschlussvorschlag 2 des Antrages seiner Fraktion Familie ab. Der Antrag soll folglich *alle* Projekte umfassen.

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass die Verwaltung eine Definition von dem Begriff „begonnen“ brauche. Er fragt, ob ein Projekt als begonnen gilt, sobald erste Bauaufträge bereits verteilt seien oder auch schon, wenn die Planungen des Projektes angestoßen wurden. Herr Backes sagt, dass die Verwaltung für alle Projekte eine Einschätzung geben werde. Er betont, dass es sich nur um eine Einschätzung handele, da es manchmal nicht deutlich abzusehen sei, wie

sich bspw. die Gewährung von Fördermitteln entwickle. Er fragt zudem, wie der Beschlussvorschlag 1 gemeint sei.

Herr Volmer merkt an, dass der Antrag eine bereits beschlossene Selbstverständlichkeit behandle und die Politik gemeinsam mit der Verwaltung bereits in die entsprechende Diskussion eingestiegen sei. Er merkt an, dass es sich nicht bei allen Projekten um „Luxusprojekte“ handle und somit nicht immer ein Aufschub möglich sei. Dass die Projekte mithilfe einer Auflistung geprüft werden müssten stünde nicht zur Debatte. Herr Volmer betont aber auch, dass hier keine emotionale Diskussion entstehen dürfe.

Herr Nielsen sagt, dass die Beschlussvorschläge unterkomplex seien. Es müsse reichen, dass die Bürgermeisterin zusagt, dass eine Auflistung der Projekte nach der Sommerpause vorliegen werde. Es sei alles entsprechend auf den Weg gebracht.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass die Projekte nicht aus dem Nichts entstünden; auch die Planung laufe in Phasen ab. Als Beispiel nennt er das Projekt „Maria Frieden Schule. Der Architekt sei bereits bis Planungsphase 3 beauftragt. Sollte das Projekt zuvor gestoppt werden, müsste der Architekt entsprechend entschädigt werden. Aus diesem Grund frage er sich, was mit „alle Bauprojekte“ gemeint sei. Im Dezember werde es eine neue Kostenrechnung für die Maria Frieden Schule geben. Über das Projekte würden dann folglich im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 neu entschieden werden. Gleiches gelte für Projekte, die noch in der Planungsphase seien. Der Rat entscheide über weitere Planungsschritte. Bei der Kostenentwicklung gäbe es zwei Sichtweisen zu berücksichtigen: Hat das Projekt und mögliche Einsparungsmaßnahmen Auswirkungen auf die Liquidität oder auf das Ergebnis? Herr Backes betont, dass ihm wichtig sei, dass das was die Verwaltung bereits beauftragt habe, auch weiterlaufen solle; weitere Verpflichtungen sollen aber nicht eingegangen werden.

Herr Prinz teilt mit, dass er den Antrag als überflüssig ansehe und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nicht zustimmen werde.

Herr Fabry stimmt Herrn Prinz zu und sagt, dass die Politik die Beschlüsse so nicht beschließen solle. Die Gesamtlage sei sehr komplex. Es bestünden bereits Verpflichtungen aus Verträgen. Die FDP-Fraktion würde ablehnen und entsprechen nach der Sommerpause beraten.

Herr Tranel teilt mit, dass die CDU dem Beschlussvorschlag 1 nicht folgen könne. Dem Beschlussvorschlag 2 könnte sie folgen, sofern es nicht nur um die „nicht begonnenen“ Projekte geht. Der Beschlussvorschlag 3 müsse ggfs. geändert werden. Er sei der Meinung, dass eine Prüfung der Projekte allgemein im Rat gewollt sei. Aus diesem Grund würde er sich schwer tun, den entsprechenden Antrag abzulehnen.

Herr Goerke zitiert das Ratsprotokoll vom 19. Mai 2022 und weist darauf hin, dass bereits alles „im Fluss“ sei. Er bezeichnet den Antrag der Fraktion Familie als „Show-Antrag“.

Herr Vogel bittet um die Aufnahme der Zusage seitens der Verwaltung, dass die Liste mit den Projekten bis Ende September den Mitgliedern des Rates zugespielt wird.

Herr Musholt betont, dass er eine Auflistung alle Projekte haben möchte.

Herr Stratmann zieht den ursprünglichen Beschlussvorschlag 1 seines Antrages während der Sitzung zurück. Folglich wird hierrüber nicht mehr abgestimmt. Zudem macht Herr Tranel einen Änderungsvorschlag für den letzten Beschlussvorschlag, über den abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag der Fraktion Familie (geändert während der Sitzung):**

1. Die Verwaltung wird angewiesen, bis zum 30.09.2022 eine aktuelle Kostenaufstellung aller Bauprojekte dem Rat zur Verfügung zu stellen.
2. Der Rat entscheidet auf Grundlage der Kostenaufstellung, wie mit diesen Projekten mit Blick auf die Entwicklung der Haushaltssituation zu verfahren ist.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	8	0	6
Beschlussvorschlag 2	8	0	6

TOP 4	Antrag auf Bedarfsprüfung für die Aufstellung eines Sitzbankkatasters für schnelle Hilfeleistung bei Notfällen jeglicher Art der Notrufleitstellen bei der Polizei und Feuerwehr Vorlage: 164/2022
-------	---

Herr Goerke teilt mit, dass es ein neues System des Kreises gebe, welches Schnittstellen zu anderen Systemen aufweise. Hierdurch sei es dann möglich, sofern ein Smartphone vorhanden ist, den Standort der Person zu ermitteln, die den Notruf abgesendet hat.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass dies nicht für alle Geräte gelte. Es sei hier entscheidend welche Betriebssystem-Version installiert sei. Zudem funktioniere diese Ortung nicht bei ausländischen Telefonen.

Herr Beigeordneter Thies bestätigt dies.

Herr Bücking teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag 2 folgen werde. Man wolle dafür sorgen, dass Menschen in Notlagen rechtzeitig gefunden werden

Herr Volmer sagt, dass die Fraktion Pro Coesfeld dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werde. Er fragt, ob entsprechende Infos zu den Ortsangaben nicht auch bei dem zu installierenden Knotenpunktsystem gebündelt werden könnten.

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass an den Knotenpunkten auch entsprechende Notrufschilder angebracht werden sollen.

Herr Prinz sagt, dass auch seine Fraktion hinter dem Verwaltungsvorschlag stehe. Im Außenbereich scheint eine solche Vorkehrung sinnvoll zu sein; im Innenbereich eher nicht.

**Beschlussvorschlag:**

Beschlussvorschlag (der SPD):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Ruhebänke im Stadtgebiet markiert werden können, damit bei Notfällen jeglicher Art der Notrufleitstelle bei der Polizei und Feuerwehr mit

der Kennzeichnung ein genauer Standort für eine schnelle Hilfeleistung übermittelt werden kann.

**Beschlussvorschlag (Alternativer Vorschlag der Verwaltung):**

Im Außenbereich des Stadtgebiets Coesfeld wird ein Notfall-Schildersystem zur schnelleren Hilfeleistung bei Notfällen eingeführt. Die Beschilderung soll vorrangig an vorhandenen Sitz- und Ruhebänken erfolgen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag der Verwaltung	14	0	0
Beschlussvorschlag der SPD	Keine Abstimmung		

Über den Beschlussvorschlag der SPD wurde nicht abgestimmt, da der Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen wurde.

TOP 5	Soziale Betreuung von Obdachlosen in städtischen Obdachlosenunterkünften (Betreuungsangebot für Menschen in prekären Lebenslagen) sowie Vorstellung der Landesinitiative "Endlich ein Zuhause" Vorlage: 155/2022
-------	---

Herr Fabry spricht sich gegen einen unbefristeten Vertrag aus. Ihm sei ein befristeter Vertrag lieber.

Herr Beigeordneter Thies erklärt, dass der Vertrag der Stadtverwaltung eine halbjährige Kündigungsfrist einräume. Um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten, habe man sich für einen unbefristeten Vertrag entschieden, der die o.g. Kündigungsmöglichkeit enthält. Über die Zusammenarbeit soll regelmäßig im Fachausschuss berichtet werden.

**Beschlussvorschlag (geändert während der Sitzung):**

Die individuelle Beratung und Betreuung der Bewohner der städt. Obdachlosenunterkünfte ist weiterhin notwendig. Aus diesem Grunde soll die Beauftragung des Alexianer IBP GmbH unbefristet verlängert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung mit dem Verein zu schließen und regelmäßig dem Ausschuss zu berichten. Die Vereinbarung soll halbjährlich zum 30.06. und 31.12. eines Jahres mit einer Frist von drei Monaten kündbar sein. Die Kosten für das Betreuungsangebot für Menschen in prekären Lebenslagen betragen jährlich ca. 12.700 € und können in 2022 im Rahmen des Budgets gedeckt werden. Sofern das Projekt über das Jahr 2022 fortgeführt wird, müssen die Kosten in den Haushalt eingestellt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	14	0	0

TOP 6	Vorübergehende Ausweitung des Vertrages mit dem Deutschen Roten Kreuz über die soziale Betreuung von Flüchtlingen in Coesfeld Vorlage: 160/2022
-------	--

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Verwaltung wird beauftragt, den zwischen der Stadt Coesfeld und dem DRK Kreisverband Coesfeld e.V. bis zum 31.12.2023 geschlossenen Vertrag über die Wahrnehmung der sozialen Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt Coesfeld dahingehend zu erweitern, dass die soziale Betreuung von Flüchtlingen bis zum 31.12.2023 durch das DRK mit insgesamt vier Vollzeitstellen vorgenommen wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bundesfreiwilligendienststelle auszuschreiben und zu besetzen. Diese Person soll im Bereich der Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt Coesfeld beim DRK eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 – 2	14	0	0

TOP 7	Zuschuss zum Trägeranteil hier: DRK Kinderwelt in Coesfeld gGmbH Vorlage: 074/2022
-------	---

Herr Fabry teilt mit, dass im Sachverhalt der Vorlage von Gleichstellung aller die Rede ist. Er merkt an, dass die absolute Gleichstellung aller Kindergartenbetreiber ein Konterkarieren der Landespolitik sei.

Herr Beigeordneter Thies erklärt, dass es im Rahmen der Kindergartenfinanzierung sogenannte arme und reiche Träger gibt. Die kirchlichen Träger gehören zu den reichen Trägern. Die katholische Kirche finanziert nach dem sogenannten „Seelenprinzip“ einige Kindergartenplätze selber. Bei den sogenannten armen Trägern liegt der Trägeranteil bei 7,8%. Wenn die Stadt Coesfeld die Anteile nicht übernehmen würde, so Herr Thies, sei es schwierig überhaupt einen Träger zu finden. Solch eine Übernahme sei durchaus gängige Praxis.

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, mit der DRK Kinderwelt in Coesfeld gGmbH eine Vereinbarung über die Finanzierung des Trägeranteils mit der Maßgabe abzuschließen, dass der Trägeranteil von zurzeit 7,8 % ab dem 01.08.2022 durch die Stadt Coesfeld in voller Höhe übernommen wird.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	13	0	1

TOP 8	Errichtung einer Bewegungshalle mit Kunstrasenplatz durch die SG Coesfeld 06 e.V. hinter den Dreifachturnhallen; Verwendung der Sportpauschale Vorlage: 114/2022
-------	---

**Beschlussvorschlag:**

1. Es wird beschlossen, dem Bau der Bewegungshalle mit zwei Räumen und integrierter Geschäftsstelle der SG Coesfeld 06 e.V. einschließlich Stellplatzfläche und Kunstrasenplatz nach Flächentausch (vgl. Vorlage 355/2021) im Bereich hinter den Dreifachturnhallen am Darfelder Weg zuzustimmen.
2. Die Finanzierung der Neubaumaßnahme „Bewegungshalle mit zwei Räumen“ soll mit 320.000 € zu Lasten der Sportpauschale erfolgen, die für die Jahre 2022 bis 2025 mit je 80.000 € belastet wird. Die Mittel werden dem Verein jeweils in den genannten Haushaltsjahren als Baukostenzuschuss gezahlt. Die Mittel aus der Sportpauschale ab 2023 finanziert der Verein vor. Die weiteren Finanzierungsmittel stellt der Verein.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1 - 2	14	0	0

TOP 9	Kapuzinerquartier: Letter of Intent - Stadt Coesfeld und evangelische Kirchengemeinde Coesfeld Vorlage: 145/2022
-------	---

Herr Prinz weist darauf hin, dass die textliche Änderung im Vertrag noch ausstehe. Es solle aufgenommen werden, dass das Grundstück entweder verkauft oder auf einer Erbpachtgrundlage übergeben wird. Welche der beiden Möglichkeiten gewählt würde, stünde noch aus

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass es lediglich versäumt wurde dies im Vertrag zu korrigieren; eine o.g. Änderung aber durchaus möglich sei.

**Beschlussvorschlag 1:**

Der Letter of Intent der Stadt Coesfeld und evangelischen Kirchengemeinde soll durch beide Partnerinnen unterzeichnet werden und die Grundlage für einen rechtlich bindenden Vertrag zur gemeinsamen Entwicklung des Kapuzinerquartiers bilden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	14	0	0

TOP 10	DIEK-Projekt: Umgestaltung Alter Kirchplatz Entscheidung über die Beauftragung des Fontänenfeldes Vorlage: 156/2022
--------	--

Herr Weiling erläutert, dass der Beschlussvorschlag im Bezirksausschuss geändert wurde. Er betont, dass das Fontänenfeld für Lette sehr wichtig sei. Wasserelemente gehören zur Identität Lettes. Zudem wurde seinerzeit zugesagt, dass ein Ersatz für den Brunnen geschaffen werden sollte, der seinerzeit entfernt wurde. Bei dem Beschlussvorschlag des Tagesordnungspunktes 10.2 könnte die Fraktion allerdings mitgehen.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass das Büro nts der Verwaltung mitgeteilt habe, dass sich die Betriebskosten für das Fontänenfeld auf 4.300 € berufen.

Herr Prinz sagt, dass im Workshop des Rates nicht festgelegt wurde, dass es eine Ausnahme für DIEK-Projekte gebe. Auch diese Projekte müssten tabulos diskutiert werden. Schwere Entscheidungen könnten nicht immer geschoben werden. Gerade bei diesem Projekt gehe es auch um sehr viel Geld. Herr Prinz teilt mit, dass es ihm für die Letteraner und Coesfelder leidtue, dass ein solch schönes Projekt nicht so wie geplant umgesetzt werden könne. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen würden sich hier jedoch gezwungen fühlen Einsparungen vorzunehmen. Die Fraktion sei gegen die erweiterten Beschlussvorschläge aus dem Bezirksausschuss.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erklärt, dass die Akzentbeleuchtung nachträglich nachgerüstet werden könnte.

Herr Fabry fragt, ob es schon eine Aufstellung der möglichen Kosten für eine alternative Planung gebe. Zudem betont er, dass seinerzeit zugesagt wurde, dass in Lette ein Ersatz für den entfallenen Brunnen errichtet werden solle; an diese Zusage müsse man sich halten.

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass es noch keine Kostenaufstellung gebe.

Herr Stadtbaurat Backes erklärt, dass hier nicht die Rede von einer alternativen Planung für den gesamten Platz sei, sondern lediglich für die Stelle des Fontänenfeldes. In die Planung wurde hier ein Ansatz für eine Alternative mit aufgenommen. Herr Backes sagt, dass er allerdings gerade nicht sagen könne, wie hoch genau dieser Ansatz sei.

Herr Vogel macht Werbung für den Beschlussvorschlag der CDU aus dem Bezirksausschuss. Er sagt, dass das Projekt bereits eine lange Vorlaufzeit habe und es sich um ein Kernprojekt handele.

Frau Albertz sagt, dass auch für sie Wasser eine große Bedeutung habe und dieses Element einen Platz immer lebendiger mache. Sie sagt jedoch auch, dass es nun aufgrund der prekären Haushaltssituation an der Zeit sei, Versprechen zu brechen und unangenehme Entscheidungen zu treffen. Frau Albertz bringt das Argument, dass der Platz in Lette aber nicht abhängig von dem Wasserspiel sei und er auch aufgrund anderer Faktoren zu einem zentralen Versammlungsort werde. Aktuell sehe die Mehrheit der Politik lediglich den Verlust des Fontänenfeldes. Gleichzeitig, so Frau Albertz, gewinne man aber auch an Freiheit zurück. Schließlich könne man an der freien Fläche dann auch etwas anderes errichten.

Herr Goerke betont, dass in den letzten Jahren bereits sehr viel in den Coesfelder Ortsteil Lette investiert wurde und dies auch zu Recht. Er merkt an, dass in der aktuellen Zeit nicht mehr alles durchgeführt werden könne, was „schön wäre zu haben“. Auch in Coesfeld müssten Projekte stark eingekürzt werden. Es gehe hier nicht nur um Lette sondern um die gesamte Stadt Coesfeld. Er betont, dass man sich in der aktuellen Zeit nicht mehr alles leisten könne.

Herr Weiling sagt, dass der Antrag im Bezirksausschuss gestellt worden sei, damit die Verwaltung noch einmal nach Alternativen sucht. Hier sei nun eine Einsparungsmöglichkeit gefunden worden. Sollte diese Art der Einsparung bei allen Projekten realisiert werden, sei man, so Herr Weiling, auf einem sehr guten Weg.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt den Auftrag zur Umgestaltung des „Alten Kirchplatzes“ im Ortsteil Lette nicht um das Fontänenfeld zu erweitern. Das beauftragte Büro nts wird beauftragt eine alternative Oberflächengestaltung vorzuschlagen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	4	10	0

TOP 10.1 DIEK-Projekt: Umgestaltung Alter Kirchplatz Entscheidung über die Beauftragung des Fontänenfeldes  
Vorlage: 156/2022/1

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10.2 DIEK-Projekt: Umgestaltung Alter Kirchplatz Entscheidung über die Beauftragung des Fontänenfeldes  
Vorlage: 156/2022/2

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Es wird für den Fall, dass auf das Fontänenfeld nicht verzichtet werden soll empfohlen, dass auf die Akzentbeleuchtung vorläufig verzichtet wird. Vorbereitungen für eine spätere Nachrüstung sollen getroffen werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	10	1	3

TOP 11	Heimathaus Lette - Kostenberechnung Vorlage: 154/2022
--------	--

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12	Heimathaus Lette - Kostenberechnung Vorlage: 154/2022/1
--------	--

Herr Prinz sagt, dass seine Fraktion sich bereits im Ausschuss für Planen und Bauen kritisch geäußert habe, dass hier eine Kostensteigerung von 70 % anfalle. Hätte man dies gewusst, so hätte man bereits viel früher in der Planung angefangen Kosten zu sparen. Auch in diesem Projekt gebe es bereits Verpflichtungen, da die Planung bereits sehr weit vorangeschritten sei. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wisse noch nicht wie sie im Rat abstimmen werde, werde sich heute allerdings noch enthalten, da die Diskussion noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Volmer merkt an, dass dies ein Projekt sei, welches auch auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Inhaltlich sei es ein tolles Projekt. Es ginge auch nicht darum ein Projekt zu stoppen, sondern es in Abwägung zu den anderen Projekten zu priorisieren. Er fragt, ob das Projekt überhaupt, so wie es in dem Beschlussvorschlag 1 stehe, gestoppt werden könne und welche Verpflichtungen bereits eingegangen worden seien.

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung in jeden einzelnen Vertrag gucken müssen um sagen zu können, an welchem Punkt die Verwaltung stehe und welche Verpflichtungen bereits eingegangen wurden. Dies sei eine große Menge an Arbeit. Herr Backes schätzt, dass der Architekt bei diesem Projekt wahrscheinlich bereits bis Leistungsphase 8 beauftragt wurde und er somit Anspruch auf Honorarzahungen habe. Aktuell befinde man sich in der Leistungsphase 5.

Herr Weiling teilt mit, dass die Fraktion CDU dem Beschlussvorschlag 2 und 3 folgen werde; allerdings mit der Möglichkeit zur Einsparung der 234.000 EURO. Er betont, dass es in Lette keinen Versammlungs-/ Gemeinschaftsraum gebe. Das Heimathaus, so wie es aktuell bestehe, sei oft einfach zu klein. Der Anbau an das Heimathaus sei somit ein elementarer Punkt. Er merkt zudem an, dass auch der Heimatverein ein gewisses Kapital habe, welches er einbringen könne.

Herr Goerke sagt, dass er sich eher „ein Haus der Vereine“ wünsche, mit mehr Platz für mehr Leute. Er stellt die Frage in den Raum, was wichtiger sei: ein Gebäude mit einem größeren Saal, das durch alle genutzt werden könne, oder ein Heimathaus für kleinere Veranstaltungen. Größere Ansammlungen von Personen lasse das Heimathaus nicht zu.

Frau Vogel fragt, ob man die Angelegenheit nicht vertagen und somit in die nächste Ratssitzung aufnehmen könne. Die Politik setze sich hier die Pistole auf die Brust.

Herr Backes sagt, dass es den Auftrag gebe, dass das Heimathaus das Heimatmuseum beherberge, einen Veranstaltungsraum, eine Werkstatt etc. Sollte plötzlich etwas anderes gewünscht sein, bedürfe es eines neuen Auftrags.

Herr Weiling betont, dass es nicht nur um einen Veranstaltungsraum gehe. Es gehe hier um viel mehr. Außerdem handele es sich hier um das allererste DIEK-Projekt, welches essentiell sei.

Herr Musholt sagt, dass es entweder darum gehe, dass das Heimathaus umgebaut werde oder nicht. Dass mit den Einsparungen etwas anderes Alternatives errichtet werde, sei Illusion.

Herr Volmer sagt, dass es auch noch andere wichtige Projekte, wie bspw. den Dirlpark gebe und dass die Politik unbedingt gucken müsse, was sich die Verwaltung leisten könne.

Herr Prinz erläutert, dass seine Fraktion noch diskutieren müsse.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1) Es wird beschlossen, das Projekt „Erweiterung und Umbau des Heimathauses Lette“ aufgrund der Kostensteigerung zurückzustellen. Die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen der kommenden Jahre sind durch die Verwaltung durchzuführen, um den Weiterbetrieb des Gebäudes zu gewährleisten.
- 2) Es wird beschlossen, das Projekt „Erweiterung und Umbau des Heimathauses Lette“ fortzuführen. Die notwendigen zusätzlichen Mittel sind für das Haushaltsjahr 2023 anzumelden.
- 3) Es wird beschlossen, die Maßnahmen zur möglichen Einsparung von Mitteln i. H. v. 234.000 € innerhalb des Projektes weiterhin umzusetzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	1	7	6
Beschlussvorschlag 2	7	0	7
Beschlussvorschlag 3	8	0	6

TOP 12.1 Heimathaus Lette - Kostenberechnung  
Vorlage: 154/2022/2

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 13 Schulzentrum - Projektstatusbericht der Projektsteuerung  
Vorlage: 150/2022

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14 Aufstellung eines Trinkbrunnens (LEADER-Projekt)  
Vorlage: 161/2022

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass die Stadt Coesfeld ein qualitativ sehr gutes Trinkwasser habe. Zudem handele es sich hier nicht nur um einen Trinkbrunnen, sondern auch um eine Möglichkeit mit den Bürger:innen ins Gespräch zu kommen.

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, das Projekt „Trinkwasserbrunnen“ im Rahmen des LEADER-Programms „Baumberge“ zu realisieren. Die erforderlichen Eigenmittel i.H.v. 7.350 Euro werden in den Haushalt 2023, Produkt Citymanagement 01.21, eingestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Kofinanzierungsvereinbarung abzuschließen.

Mittel für die jährliche Wartung und für die regelmäßige Überprüfung der Wasserqualität belaufen sich auf ca. 800,00 Euro. Die Mittel sind ab 2023 in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	1

TOP 15 Stellenplanerweiterung 2022  
Vorlage: 165/2022

Herr Volmer stellt eine Frage zum Beschlussvorschlag 1. Er fragt, ob die Stelle auch der Gesamtverwaltung zur Verfügung gestellt werden könne, sobald die Geschäftsführerin wieder im Hause sei; oder ob es dann zwei hochdotierte Stellen in diesem Bereich gebe

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass grundsätzlich ein Einsatz in der Gesamtverwaltung möglich sei.

Herr Tranel stellt fest, dass nun eine Ausweitung des Stellenplans beschlossen werden soll, obwohl noch keine Überprüfung stattgefunden habe. Er fragt, wann die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung vorliegen würden.

Herr Klaus Volmer vom Fachbereich Zentrale Dienste und Bürgerservice erklärt, dass die entsprechenden Stellen mit einem „KW“-Vermerk versehen werden können. Dies bedeutet „künftig wegfallend“. Wann mit den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung gerechnet werden könne, könne er noch nicht sagen. Die Struktur des Bauhofs sei jedoch vom Grunde auf umgestellt worden. Es gebe auf der Ebene der Führung nun für jeden Bereich einen zweiten Vertreter. Bei einem Besetzungsverfahren gebe es zwei Ansätze: entweder man passt die Standards dahingehend an, dass man schaut, was die verfügbaren Mitarbeiter:innen leisten können; oder man entwickelt Standards und kalkuliert darauf basierend die benötigten Mitarbeiter:innen. Die Politik müsse festlegen, welche Standards gewünscht seien. Zudem erläutert Herr Volmer das Problem, dass es einen hohen Altersdurchschnitt beim Baubetriebshof der Stadtverwaltung Coesfeld gebe. Aufgrund dieser Tatsache und der anfallenden harten körperlichen Arbeit, gebe es einige Ausfälle.

**Beschlussvorschlag 1 (geändert während der Sitzung):**

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe E 11 TVöD einzurichten. Diese erhält einen „KW- Vermerk“ (Künftig wegfallend).

**Beschlussvorschlag 2 (geändert während der Sitzung):**

Es wird beschlossen, vier Stellen mit der Entgeltgruppe E 6 TVöD einzurichten. Diese erhalten einen „KW- Vermerk“ (Künftig wegfallend).

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	14	0	0
Beschlussvorschlag 2	14	0	0

**TOP 16    Anfragen**

Herr Tranel teilt mit, dass in der Allgemeinen Zeitung zu lesen war, dass einige Hausmeisterstellen der Stadt Coesfeld ausgeschrieben seien. Er fragt, weshalb diese unterschiedlich dotiert seien.

Zudem fragt er, ob man von dem Vertrag bezüglich der Vermietung der Räumlichkeiten im Bahnhofsgebäude lösen könne und falls ja, zu welchen Konditionen. Auch stellt er die Frage, wie der beauftragte Sicherheitsdienst ankomme und ob man mit dieser Regelung noch auf dem richtigen Weg sei.

Herr Klaus Volmer vom Fachbereich Zentrale Dienste und Bürgerservice erläutert, dass man bei den Hausmeister:innen unterscheiden müsse. Die Hausmeister:innen werden nach dem regulären TvöD bezahlt. Die reinen Hauswarte werden beginnend ab EG 4 entlohnt. Wenn es sich um Hausmeister:innen-Stellen handelt, bei denen eine Ausbildung von Nöten ist, werden sie höher entlohnt (EG 5). Für Schulhausmeister:innen gelte der Tarifvertrag NRW. Hier richte sich die Höhe der Bezahlung nach der Reinigungsfläche. Je größer also die Fläche des zu betreuenden Gebäudes, desto höher die Bezahlung. Für das Schulzentrum gebe es dann folglich eine Bezahlung von EG 7 plus Zulage; da es sich hier um das größte Schulgebäude handle.

Herr Tranel fragt, ob es sich hier um eine altersbedingte Ausschreibung handle.

Herr Klaus Volmer teilt mit, dass es im Bereich der Hausmeister eine umfangreiche Organisationsuntersuchung gegeben habe, bei der u.a. festgestellt wurde, dass es noch sehr viele Altverträge gebe, die so in der Form gar nicht mehr zulässig seien. Es wurde außerdem festgestellt, dass an einigen Stellen noch Bedarf an weiterer Arbeitskraft sei. Beim Schulzentrum sei dies bspw. für die Abendstunden der Fall.

Herr Stadtbaurat Backes teilt auf die andere Frage von Herrn Tranel mit, dass der Vertrag in Sachen Bahnhofsgebäude-Nutzung eine Mindestlaufzeit habe und nicht vorzeitig gekündigt werden könne.

Frau Bürgermeisterin Diekmann stellt die Idee der Bahnhofspaten vor. Es wurden bereits viele Gespräche mit Vereinen und Organisationen geführt. Jetzt müsse noch eine gemeinsame Organisation und ein entsprechendes (Nutzungs-)Konzept entwickelt werden. Offen seien noch die Fragen, welchen Bedarf an Nutzung es genau gebe, ob und in welcher Form es finanziert werden soll und wer sich an der Finanzierung beteiligen solle.

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass es auch die Möglichkeit gebe die Bahnhofsräumlichkeiten geschäftlich zu nutzen. Hier müsste dann aber zunächst eine entsprechende Rücksprache mit dem Vermieter erfolgen.

Herr Beigeordneter Thies teilt mit, dass der Sicherheitsdienst vor Jahren eingesetzt wurde und dieser auch bei der Einhaltung der Coronaaufgaben unterstützt hat. In diesem Jahr, sei er nur am 1. Mai unterstützend engagiert worden. Ansonsten habe sich die Lage soweit beruhigt, dass man nicht auf den Sicherheitsdienst zurückgreifen müsse.

Herr Fabry fragt nach der Zugänglichkeit der öffentlichen Sitzungen und wie dies garantiert werde.

Schriftführerin Bongers erläutert, dass die zuständigen Schriftführer:innen der entsprechenden Ausschüsse dafür verantwortlich seien, dass die Haupteingangstür zum Rathaus geöffnet bleibe und nach der Sitzung verschlossen werde. Da die Sitzungen meist um 18 Uhr beginnen und das Bürgerbüro auch bis 18 Uhr geöffnet hat, erfolgt am Tag der Sitzung eine Rücksprache mit den Kolleg:innen des Bürgerbüros, welche dann die Tür, nicht wie gewohnt verschließen, sondern geöffnet lassen.

Herr Musholt fragt, ob mittlerweile eine Vereinbarung zum Bahnhofsschild getroffen wurde und ob man nicht alternativ zu einem Schild der Deutschen Bahn einfach einen Schriftzug „Bahnhof“ montieren könne.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass der Investor ggü. der Verwaltung die Aussage getätigt hat, dass die DB ein Schild aktuell nicht zur Verfügung stellen wolle. Außerdem gehe es noch darum zu klären, wer das Schild bezahle. Herr Backes macht deutlich, dass die Stadtverwaltung dies nicht bezahlen werde. Er werde sich informieren, welche alternativen Beschriftungsmöglichkeiten es gebe und nach den Sommerferien berichten und eine entsprechende Vorlage in die Politik geben.

gez. Eliza Diekmann  
Bürgermeisterin

gez. Marie Bongers  
Schriftführerin